

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 20.10.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:35 Uhr bis 19:10 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Frau Ute Borchert	DIE LINKE - SKE
Herr Mamad Mohamad	DIE LINKE - SKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Manfred Czock	CDU – SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	CDU – SKE
Herr Robert Bonan	SPD
Herrn Klaus Hopfgarten	SPD – Vertreter für Frau Hanna Haupt
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Annette Wunderlich	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM – SKE
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Jeannette Drygalla	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter – Vertreter für Herrn Tobias Kogge
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Herr Hans-Günter Schneller	Amtsleiter Sozialamt
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Herr Norbert Böhnke	Referent
Herr Burkhard Feißel	MA SPD-Fraktion

Entschuldigt fehlen:

Frau Hanna Haupt	SPD	vertreten durch Herrn Klaus Hopfgarten
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter	
Frau Brigitte Thieme	FPD - SKE	
Herr Christian Weinert	SPD - SKE	
Herr Tobias Kogge	BG	vertreten durch Herrn Dr. Bernd Wiegand
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte	
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses** eröffnet und geleitet.

Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Ute Haupt informierte, dass **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung** sich im Urlaub befindet und er durch **Herr Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport** heute im Ausschuss vertreten wird.

Sie informierte anschließend darüber, dass Frau Annerose Runde verstorben ist und bat die Anwesenden sich zum stillen Gedenken zu erheben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte, dass heute kurzfristig noch zehn Änderungsanträge eingereicht wurden und bat darum, diese auf die Tagesordnung zu setzen.

Außerdem bat sie, die TOP 7 und 8 vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.9.2011
4. Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter
5. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09942
 - 6.1.1. Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10189
 - 6.1.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10121

- 6.1.3. Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10122
 - 6.1.4. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10125
 - 6.1.5. Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10123
 - 6.1.6. Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10124
 - 6.1.7. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10177
 - 6.1.8. Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10188
 - 6.1.9. Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10190
 - 6.1.10. Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10192
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362
 - 7.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)
Vorlage: V/2011/10191
 - 7.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09888
 - 8. schriftliche Anfragen von Stadträten
 - 9. Mitteilungen
 - 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 - 11. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 22.9.2011**

Die Niederschrift vom 22.9.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem TOP **Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle und Frau Grummisch, Bereichsleiterin** und erteilte ihnen das Wort.

Frau Tempel erläuterte den aktuellen Kreisreport, der den Ausschussmitgliedern für die Sitzung zur Verfügung gestellt wurde.

Frau Borchert, Fraktion DIE LINKE, fragte, ob zurzeit Vermittlungsgutscheine ausgestellt werden.

Frau Tempel informierte, dass dies eine Kann-Bestimmung ist. Zurzeit ist eine andere Haushaltsmittelsituation. Vermittlungsgutscheine werden nur ausgegeben, wenn unmittelbar eine Festanstellung ansteht.

zu 5 **Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe**

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informierte über den aktuellen Stand. Bis zur 41. Woche sind 12.848 Eingänge zu verzeichnen. Es gab 5.348 Bewilligungen. Im Vordergrund steht die Bewilligung der Anträge für Mittagessen. Erfreulich ist, dass zurzeit mehr Anträge bearbeitet werden können als neu eingehen und damit der Rückstand abgearbeitet werden kann.

Herr Schneller, Amtsleiter Sozialamt, erläuterte anschließend die Situation im Sozialamt. Bei einem Stand von 4.500 Anträgen gibt es hier weniger neue Anträge, sondern mehr Wiederholungsanträge. Auch hier werden vorrangig Anträge für das Mittagessen und Klassenfahrten bearbeitet.

Frau Winter, Ressortleiterin Sozialamt, ergänzte, dass das Jugendamt ein Konzept zur Schulsozialarbeit erstellt. Sobald dieses Konzept vorliegt, wird es im Ausschuss vorgestellt. Eine Anfrage an das Landesverwaltungsamt mit der Bitte um Unterstützung im Bereich Schulen ist abschlägig beantwortet worden.

Beschlussvorschlag:

In § 1 wird folgende Passage gestrichen „Verwaltungstechnisch sind die Stadtteilmfriedhöfe den Hauptfriedhöfen wie folgt zugeordnet.“ gestrichen.

Diese wird ersetzt durch „Verwaltungstechnisch sind den 4 Hauptfriedhöfen (Gertraudenfriedhof, Südfriedhof, Nordfriedhof, Friedhof Halle-Neustadt) die Stadtteilmfriedhöfe wie folgt zugeordnet.“

zu 6.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942) Vorlage: V/2011/10121

Herr Müller, CDU-Fraktion, bittet die Verwaltung, den Antrag zu übernehmen.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, stimmt zu.

Abstimmungsergebnis: erledigt

von der Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

In § 6 Abs. 2 der Friedhofssatzung wird das Wort „Verantwortung“ durch den Begriff „Aufsicht“ ersetzt.

zu 6.1.3 Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942) Vorlage: V/2011/10122

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sprach an, dass viele alte Leute das Fahrrad zum Transport benutzen. Deshalb sollte es erlaubt sein auf dem Friedhof. Jedoch sollte nicht gerast werden.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sagte, im Antrag gehe es darum, dass die Ausnahme, das Fahrrad zu schieben, nicht sinnvoll ist. Das Fahren ist verboten, Schieben erlaubt, aber nur auf Hauptwegen. Das ist unklar ausgedrückt.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, sagte, dass z. Z. ein generelles Verbot von Fahrrädern sei. Dies ist nun verändert worden, damit das Schieben von Fahrrädern auf den Hauptwegen erlaubt ist. In die Abteilungen sollten die Fahrräder nicht mitgenommen werden, da die Wege zu eng sind und andere Friedhofsbesucher beim Besuch der Grabstellen behindert werden.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bat darum, dem Antrag stattzugeben und verwies auf die Aussage von Frau Wolff.

Frau Pollmächer informierte, dass diese Passage so in der Beigeordnetenkonferenz vorgeschlagen wurde.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass es für die Bürger verständlich dargelegt sein muss, dass zwar das Schieben, aber nicht das Fahren erlaubt ist. Dieser Antrag sollte daher abgelehnt werden.

Herr Müller fand, dass Schieben keine Ausnahme von Fahren ist. Es sollte hier als gesonderter Punkt aufgenommen werden.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, stellte fest, dass Rollatoren nicht aufgeführt sind und daher fehlen. Ein Rollator ist kein Rollstuhl.

Herr Dr. Yousif, Fraktion DIE LINKE, stellte den Geschäftsordnungsantrag zum Abbruch der Diskussion.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag zum Abbruch der Diskussion:

**abgelehnt
1 Ja-Stimme
9 Nein-Stimmen**

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, sprach die Passage „...Fahrzeuge aller Art zu befahren ...“ an. Hiermit sind auch die Fahrräder mit gemeint.

Frau Pollmächer informierte über viele Beschwerden, dass Fahrradfahrer durch die Friedhöfe rasen. Dies soll unterbunden werden.

Frau Drygalla, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um eine präzise Formulierung zum Verständnis auch für alte Leute.

Herr Hopfgarten sagte, das Wort Fahrrad könne explizit in den ersten Satz mit aufgenommen werden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, bot der CDU-Fraktion an, dass die Verwaltung in § 6 Abs. (3) unter a) neu formulieren wird. **Herr Müller** ist damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

durch Antragsteller erklärt

Beschlussvorschlag:

In § 6 Abs. 3 a) der Friedhofssatzung wird die Passage „und auf den Hauptwegen Fahrräder (wenn diese geschoben werden)“ gestrichen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte, ob Hunde vor dem Friedhof angeleint werden können, um sie nicht mit hineinzunehmen. **Frau Pollmächer** verneinte dies.

Frau Wolff beantragte für Herrn Dorn vom Seniorenrat das Rederecht. Die Ausschussmitglieder stimmten mehrheitlich zu.

Herr Dorn, Seniorenrat, sagte, dass ihm das Problem noch nicht bekannt ist. Dazu könne er sich nicht äußern.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 1.) § 6 Abs. 3 f) und § 39 Abs. 1 Nr. 5 f) der Friedhofssatzung werden gestrichen.
- 2.) § 6 erhält einen weiteren Absatz mit dem Inhalt: „Hunde sind an der Leine zu führen“. § 39 Abs. 1 der Friedhofssatzung wird eine weitere Ziffer mit dem Text „entgegen § 6 [Absatz einfügen!] einen Hund unangeleint mit sich führt,“ hinzugefügt.
- 3.)

**zu 6.1.6 Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10124**

Herr Müller, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, informiert, dass die Verwaltung den Antrag übernimmt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

von Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

§ 6 Abs. 3 i) und § 39 Abs. 1 Nr. 5 i) der Friedhofssatzung werden gestrichen.

**zu 6.1.7 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10177**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat den Antrag zu übernehmen.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, informierte, dass die Verwaltung den Antrag übernimmt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

von Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass die Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) wie folgt ergänzt wird:

§ 6

Verhalten auf dem Friedhof

(3) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet:

- a) die Wege mit Fahrzeugen und Sportgeräten aller Art zu befahren, (ausgenommen sind Rollstühle, Kinderwagen und auf den Hauptwegen Fahrräder (wenn diese geschoben werden), sowie Fahrzeuge des Grünflächenamtes, der zugelassenen Gewerbetreibenden und Fahrzeuge von Behinderten mit schriftlicher Genehmigung der Friedhofsverwaltung),
- b) Waren aller Art und gewerbliche Dienste anzubieten, Druckschriften zu verteilen oder in sonstiger Weise zu werben,
- c) kompostierbares Material und sonstige Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
- d) den Friedhof zu verunreinigen oder zu beschädigen, Grabstellen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (ausgenommen Rasenwege) zu betreten,
- e) zu lärmern und zu spielen,
- f) Tiere mitzubringen (ausgenommen Blindenhunde),
- g) Pflanzen und sonstiges Grabzubehör widerrechtlich zu entfernen,
- h) chemische Unkrautbekämpfungsmittel an den Grabstätten anzuwenden,
- i) Grabschmuck aus nichtverrottbarem Material zu verwenden,
- j) die Erstellung und Verwertung von Film- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken
- k) Genuss von Alkohol**

**zu 6.1.8 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU)
zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe
der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10188**

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, erläuterte den Antrag.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, sagte, es geht hier nur um die Zeit in der Feierhalle. Die Termine werden stündlich vergeben. Eine Zeitvorgabe muss vorhanden sein. Zu den Trauerfeiern sind unterschiedliche Bestattungsinstitute jeweils vor Ort. Jeder von ihnen hat auf eine bestimmte festgelegte Zeit Anspruch, die eingehalten werden muss, damit der weitere organisatorische Ablauf nicht gefährdet wird.

Frau Drygalla, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, sie spreche aus persönlicher Erfahrung, zeitliche Abläufe müssen geschaffen werden. Hier muss ein Kompromiss möglich sein.

Frau Pollmächer, informierte, dass Ausnahmen möglich sind, wenn mit der Friedhofsverwaltung bei der Terminvergabe anderes abgestimmt wird.

Herr Schachtschneider sagte, er kann sich nicht vorstellen, dass so viele Trauerfeiern stattfinden, die die zeitliche Eingrenzung zur Folge haben.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sagte, es muss immer eine Abstimmung erfolgen. Diese Einschränkung muss nicht sein.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, findet die 30 Minuten auch unrealistisch. Sie bat auch um einen Kompromiss.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, sagte, dass Trauerfeiern erfahrungsgemäß nicht länger dauern. Eine Ausdehnung ist aber nach Absprache möglich.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE, sagte, dass man sich hier auf Erfahrungswerte stützen sollte.

Frau Pollmächer sagte, aus den Erfahrungen ist dies ein Richtwert. Bei größeren Zeitspannen müsste länger auf einen Termin gewartet werden.

Frau Kausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Tagesverlauf und den Zeiten der Trauerfeiern.

Frau Pollmächer antwortete, dass die Zeiten mit den Bestattungsinstituten, der Friedhofsverwaltung und den Angehörigen festgelegt werden.

Frau Drygalla fragte, ob Freitag nur bis 12.00 Uhr bestattet wird.

Frau Pollmächer antwortete, dass nach 12.00 Uhr noch stille Beisetzungen möglich seien. Auf dem Gertraudenfriedhof und dem Südfriedhof sind Beisetzungen am Samstag möglich.

Herr Schachtschneider sagte, der letzte Abschied sollte nicht so eingeschränkt werden. Dies ist pietätlos.

Frau Pollmächer informierte, dass es mit den Bürgern damit keine Probleme gibt.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

**4 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag:

In § 11 Abs. 1 wird der Satz „Der Zeitraum der Trauerfeier sollte in der Feierhalle 30 Minuten nicht überschreiten, wenn mit der Friedhofsverwaltung nichts anderes abgestimmt wurde.“ gestrichen.

**zu 6.1.9 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU)
zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe
der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10190**

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, erläuterte den Antrag und bittet den Friedhof Halle-Neustadt mit aufzunehmen. Es sollten Flächen geschaffen werden.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, sagte, dass dieser Friedhof nicht geeignet ist, da dort keine Abteilungen da sind. Hier müsste der Friedhof erweitert werden.

Herr Schachtschneider sagte, dass drei Friedhöfe umgebettet worden sind, dort ist Baumbestand wild gewachsen.

Frau Pollmächer sagte, dass hier auf dem Gertraudenfriedhof erst Erfahrungen gesammelt werden müssen.

Frau Kausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Kosten.

Frau Pollmächer antwortete, dass Kosten anfallen, wenn die Flächen erweitert werden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**5 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag:

Ergänzung im Beschlussvorschlag

§ 21 Naturnahe Bestattungen für Urnen- und Erdbestattungen

Naturnahe Bestattungen für Urnen

(1)

Die Beisetzung der Urnen erfolgt in einer naturbelassenen Abteilung mit waldähnlichen Charakter auf dem Gertraudenfriedhof **und Friedhof Halle Neustadt** ohne Namensnennung. Umgeben von Bäumen und Sträuchern ist dieser Bereich des Friedhofes ein natürlicher Ort der Trauer und Besinnung. Bei der Wahl dieser Beisetzungsmöglichkeit steht die gemeinsame Naturverbundenheit im Vordergrund.

Naturnahe Bestattung für Erdbestattungen

(1)

Die Erdbestattungen erfolgen in einer naturnahen Abteilung des Gertraudenfriedhofes **und Friedhof Halle Neustadt** der Reihe nach innerhalb einer Rasenfläche, die von Bäumen und Sträuchern umgeben ist ohne Namensnennung.

zu **Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU)**
6.1.10 **zur 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe**
der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09942)
Vorlage: V/2011/10192

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, erläuterte den Antrag.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, sagte, die Verwaltung möchte die Formulierung beibehalten. Es ist wichtig, da sonst alle möglichen Materialien verwendet werden. Qualitätsstandards müssen eingehalten werden.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, sagte, wenn „steinmetzmäßig“ irreführend ist, dann ersetzen durch „von einem Steinmetz bearbeitet“.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, worum es hier geht, um die Wahrung des Erscheinungsbildes, soll es schön aussehen.

Frau Pollmächer sagte, es geht um die Gestaltung der Gräber und das Erscheinungsbild.

Frau Drygalla, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, versteht nicht, warum hier so eingegriffen werden muss.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

8 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

In § 25 Abs. 2 werden die Worte „steinmetzmäßig bearbeitetem“ gestrichen.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt**
Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von
Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag. Sie hat den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Kenntnis genommen. Es gibt keinen geschlechtsneutralen Haushalt. Von Beschlusspunkt 3 rät sie ab. Jede Maßnahme muss noch einmal im Stadtrat vorgelegt werden. Die Kosten sind dann zu berücksichtigen. Diese Einschränkungen sind hier noch nicht zu treffen. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, sagte, hier beginnt ein ganz neuer Prozess. Es wurde auf dem Fachforum deutlich, dass es noch einigen Handlungsbedarf gibt. Zum Änderungsantrag ist es aus ihrer Sicht schwierig, zuzustimmen. Damit wird der Beitritt zur

Charta verhindert. Die Erstellung des Aktionsplanes kostet nichts, aber die Ausführung. Hier ist dies bestimmt nicht so gemeint.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sagte, der Änderungsantrag ist kontraproduktiv. Das Fachforum war positiv. Es sollte eine Arbeitsgruppe geben, die prüft, welche Maßnahmen in den Aktionsplan aufgenommen werden können.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, sagte, dass im Februar schon die Frage nach den Kosten gestellt wurde, aber noch nicht beantwortet ist. Die CDU-Fraktion ist gezwungen, gewisse Voraussetzungen zu prüfen. Im Workshop ist er mit mehr Fragen herausgegangen als hinein. Er glaubt nicht, dass es nichts kostet.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sagte, wir sind ein gutes Stück vorangekommen und brauchen nun nicht noch einen Beschluss zu irgendwelchen Dingen. Es sollten sowohl Frauen und Männer in der Charta berücksichtigt werden. Die Charta ist handwerklich schlecht ausgearbeitet.

Frau Drygalla, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, versteht das Sträuben der CDU-Fraktion nicht. Es ist im Fachforum nochmal in Erinnerung gebracht worden, dass es hier eine gesetzliche Verpflichtung gibt. Der Beitritt zur Charta wäre eine Möglichkeit. Maßnahmen aus dem Aktionsplan zeigen, welche Möglichkeiten es für die Stadt gibt. Die Kosten sollten nicht neu entstehen, sondern sind anders zu verteilen.

Frau Krausbeck sagte, mit der Erarbeitung des Aktionsplanes werden gleichstellungspolitische und strategische Ziele gesetzt. Es gibt ganz großen Spielraum für die Gestaltung. Sie bat darum, dass sich auch die CDU-Fraktion mit einbringt. Kosten sind nicht auszuschließen, aber dies liegt in der Hand des Stadtrates.

Frau Wildner fragte zum Änderungsantrag, dass die Erstellung des Planes keine Kosten verursachen darf. Geht es auch um die Umsetzung des Planes? Hier bleiben Kosten für Vorhaben und Projekte nicht aus.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, versteht den geschlechtsneutralen Haushalt nicht. Er hat die Bedenken der CDU-Fraktion zuerst geteilt, jedoch ist er zur Überlegung gekommen, dass es hier um mehr als die aktuelle Beseitigung eines Missstandes geht, sondern um die Zukunft. Er bat darum, sich auch hier zu beteiligen.

Herr Müller sagte, es gibt noch gewisse Missstände und Ungleichbehandlungen. Sie sind nicht mehr so offensichtlich wie vor 20 Jahren, aber trotzdem noch vorhanden. Was hindert die Verwaltung, hier tätig zu werden? Warum muss man der Charta beitreten? Er vermisst die Benennung der Männer, es ist in der Charta nur von Frauen die Rede.

Frau Drygalla fand positiv am Fachforum, dass fraktionsübergreifend an der Sache gearbeitet wird. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Frau Wolff fragte, ob der Verwaltung nicht zugetraut wird, diesen Aktionsplan zu erstellen. Die Stadt hat dafür Fachleute in der Verwaltung.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, sagt, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen und den Änderungsantrag ablehnen wird.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

7 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) durch die Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu bekunden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie regelmäßig über den Entwicklungsstand im Sozial, Gesundheit- und Gleichstellungsausschuss zu berichten.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)
Vorlage: V/2011/10191**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt 2 erhält folgende Formulierung:

2. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes notwendig ist und legt gegebenenfalls dem Rat einen Beschlussvorschlag vor.

Der Beschlusspunkt 3 wird neu eingefügt:

3. Die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes, die mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre, ist untersagt.

**zu 7.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09888**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, führte aus, dass das Gender Budgeting ab 2015 eine gesetzliche Vorgabe ist und umgesetzt werden muss. Viele Städte haben sich damit schon beschäftigt und positive Erfahrungen gemacht. Im Fachforum gab es einen Workshop zu Gender Budgeting. Es führt zu keiner Mehrausgabe.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte, ob dies jetzt schon sein muss. Die Verwaltung führt gerade Doppik ein, dies ist ein enormer Kraftakt und stellt für viele eine große Herausforderung dar und bringt eine Mehrbelastung für die Mitarbeiter mit sich. Über den Antrag sollte erst im Sommer 2013 entschieden werden.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, wie der Aufwand dafür ist. Hier ist die Haushaltsberatung abzuwarten, die Verwaltung kann noch keine konkreten Aussagen machen. Er kann nicht zustimmen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, hat ein Verständnisproblem mit dem Doppik-Haushalt. Fallen mit dem Gender Budgeting wirklich andere Entscheidungen? Was wird am Ende damit erreicht?

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, versteht es so, dass Gender Budgeting heißt, dass die geschlechterpolitischen Aufgaben aufgeführt werden. Sport ist ein gutes Beispiel, hier ist die Situation, dass im Fußballleistungssport städtische Mittel an „männliche“ Veranstaltungen gehen. Dies steht im Haushalt drin und ist nicht geschlechtsneutral. Hier können Informationen automatisch mit geliefert werden. Diese Fragen sind zwingend zu berücksichtigen.

Frau Wolff sagte, die Abbildungen im Haushalt sind für einzelne Produkte. Alle, die den Gender Haushalt gestalten, haben keinen höheren Aufwand.

Herr Müller sagte, dass es auch Zeit kostet, Zahlenmaterial zu erheben.

Herr Hildebrandt stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung vor der Sommerpause 2013.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung:

mit Patt abgelehnt

5 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

Abstimmung zum Antrag:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen

3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die anstehende Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesens zu nutzen, um möglichst zugleich „Gender Budgeting“ (stufenweise) in der Stadt Halle (Saale) zu verankern.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 **Mitteilungen**

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, teilte mit, dass es mehrere Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zu den Migrantenorganisationen gibt. Eine Liste der Organisationen wurde verteilt. Die Fraktionen können die Organisationen besuchen, auch einzelne Personen können sich melden. Der Ausschuss kann in die Organisationen kommen. Einmal im Monat tagt das Bündnis der Migrantenorganisationen, hier kann teilgenommen werden. Eine Berichterstattung im Ausschuss ist möglich.

Herr Dr. Wilhelms kann Ende 2011 das Konzept zur Suchthilfe vorstellen, hier braucht die Einbindung der Landkreise noch etwas Zeit.

zu 10 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, sagte, dass die Beantwortungen einiger Anfragen aus den vorigen Sitzungen heute schriftlich vorliegen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fand die Nacht-Fahrt zur interkulturellen Woche sehr sinnvoll.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, sagte, dass hierzu Fördermittel fließen müssen. Die Organisationen arbeiten alle ehrenamtlich. Der Bus kostet Geld.

Frau Wolff fragte nach dem Fuhrpark der Verwaltung.

Frau Schneutzer antwortete, dass der Bus mit Fremdfahrer verboten ist.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezieht sich auf ihre bereits schriftlich vorliegende Anfrage bezüglich Berichterstattung im Bereich Migration. Hintergrund ist der Stadtratsbeschluss zur Berichterstattung der Verwaltung.

Frau Schneutzer sagte, dass die Ausführungen zur Berichterstattung im Migrationsbereich nicht korrekt seien. Alle zwei Jahre soll laut Stadtratsbeschluss ein Bericht erstellt werden. Im Themenspeicher ist die Präsentation im Dezember vorgesehen. 2012 soll im II. Quartal zum Leitbild zur Kinderarmut mit dem Bereich Migration berichtet werden, im IV. Quartal zur Bildung ebenfalls. Darin ist der Bereich der Migration mit eingebunden. Der Plan bis 2014 liegt vor, der nächste Migrationsbericht ist 2013. 2015 ist die Ablösung des Leitbildes vorgesehen.

Frau Tomczyk-Radji, CDU-Fraktion, fragte nach der Fortsetzung der Gesundheitskonferenz.

Herr Dr. Wilhelms, Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen, teilte mit, dass die Fortführung des Gesundheitsführers erfolgt, im Bereich Geriatrie kann nichts gemacht werden.

Frau Wolff fragte nach der Neubesetzung der Stelle von Herrn Dr. Wilhelms.

Herr Dr. Wilhelms informierte, dass einer externen Ausschreibung zugestimmt ist.

Frau Wolff fragte nach Fördermitteln im freiwilligen Bereich in der Gleichstellung.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, antwortete, dass zwar zum Frauennacht taxi ein Stadtratsbeschluss vorliegt, jedoch seit zwei Jahren die Gelder nicht freigegeben sind. Das Projekt liegt auf Eis.

Auf Antrag wurden im Fördermittelbereich Abschlagszahlungen freigegeben mit einer Gesamtsumme von 21.400 Euro von 62.700 Euro, das sind rund 34 %. Im Gleichstellungsbereich gibt es keine Pflichtleistungen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte, dass sie zum Stand der Auszahlungen eine Stadtratsanfrage gestellt hat.

zu 11 Anregungen

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, regt an, in den Themenspeicher für März 2012 das Gesunde Städteprojekt aufzunehmen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.02.12

Martina Kerner
Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende